

27.300 Stellen in deutschen Krankenhäusern gefährdet!

82% aller Krankenhäuser planen im nächsten Jahr ihren Personalbestand zu verringern. Die Beschäftigtenzahl soll insgesamt um 27.300 Mitarbeiter verringert werden. Das ist das zentrale Ergebnis einer aktuellen Erhebung des Deutschen Krankenhausinstituts im Rahmen der Untersuchungsreihe *Krankenhaus Trends*. Die Untersuchung mit dem Erhebungszeitraum 27. November bis 6. Dezember 2002 basiert auf den Angaben von 402 Krankenhäusern; sie ist repräsentativ für alle allgemeinen Krankenhäuser.

Kurzfristige Maßnahmen im Personalbereich zur Reduktion einer Budgetunterdeckung

Das Beitragssatzsicherungsgesetz sieht für das Jahr 2003 für den Krankenhausbereich – bei begrenzten Ausnahmen – eine Budgetveränderungsrate von 0% vor.

Die im Rahmen der *Krankenhaus Trends* befragten Krankenhäuser planen im Personalbereich zur Finanzierung der erwarteten Personalkostensteigerungen eine Reihe von Maßnahmen, um eine Budgetunterdeckung zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Nur eine sehr kleine Minderheit der Krankenhäuser (je nach Dienstart zwischen 0,7 bis 1,8% der Krankenhäuser) beabsichtigt keine Maßnahmen im Personalbereich durchzuführen.

Die Mehrzahl der anderen Krankenhäuser wird kurzfristig vor allem drei verschiedene Maßnahmen zur Reduktion einer Budgetunterdeckung ergreifen (vgl. Abb. 1), nämlich

- einen Personalabbau vor allem im Pflegedienst (alte Bundesländer: 63%, neue Bundesländer: 44%) sowie bei den sonstigen Dienstarten ohne Ärztlichen Dienst (alte Bundesländer: 69%, neue Bundesländer: 59%);
- eine zeitweise Nichtbesetzung offener Stellen;
- eine Anpassung der Arbeitszeitorganisation.

Darüber hinaus sollen vorwiegend im Pflegedienst und bei den sonstigen Dienstarten Vollzeit- in Teilzeitstellen umgewandelt werden.

Soweit Tarifverträge Öffnungsklauseln zur Einschränkung von Sonderzahlungen wie etwa das Weihnachtsgeld vorsehen, will mehr als ein Viertel der Krankenhäuser diese nutzen, um die entsprechenden Zahlungen einzuschränken. Vergleichbar hoch ist der Anteil der Häuser, die bisher geleistete freiwillige soziale Leistungen einschränken werden.

Einschränkungen bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen beabsichtigen 27% der Häuser für den Ärztlichen Dienst sowie je knapp ein Drittel für den Pflegedienst und die sonstigen Dienstarten.

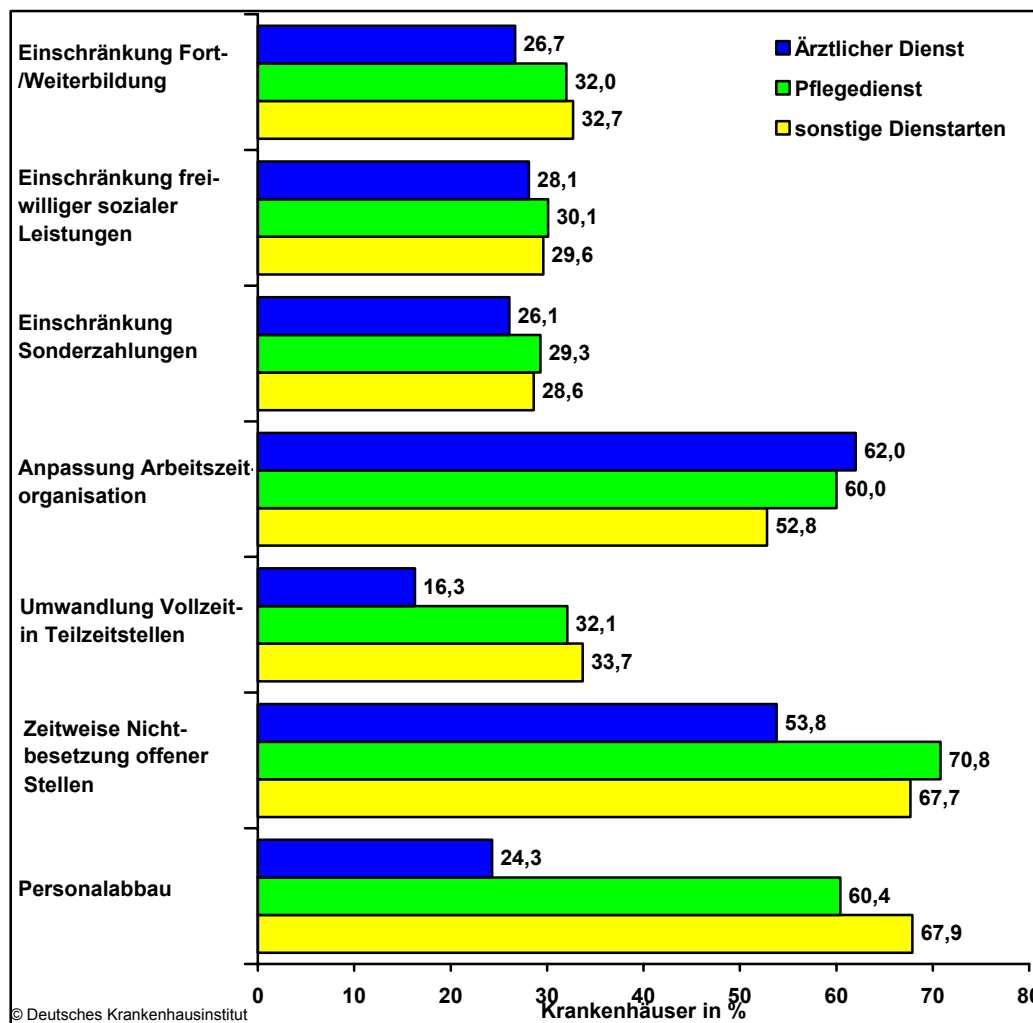


Abb. 1: Kurzfristige Maßnahmen im Personalbereich zur Reduktion einer Unterdeckung

Verringerung des Personalbestandes

Deutlich wird, dass eine Mehrzahl der Krankenhäuser Personal in den genannten Dienstarten abbauen muss. Fasst man diese Angaben zusammen, beabsichtigen insgesamt 82% der Krankenhäuser, ihren Personalbestand im Jahr 2003 zu verringern (vgl. Abb. 2). Unterschiede zeigen sich zwischen den alten Bundesländern, wo 84% der Krankenhäuser Personal abbauen wollen, und den neuen Bundesländern, wo dies von 71% der Häuser geplant wird. Derzeit glauben nur 6% der Krankenhäuser, im nächsten Jahr ohne eine Reduktion der Beschäftigtenzahlen auskommen zu können. Die übrigen 12% lassen diese Frage noch offen.

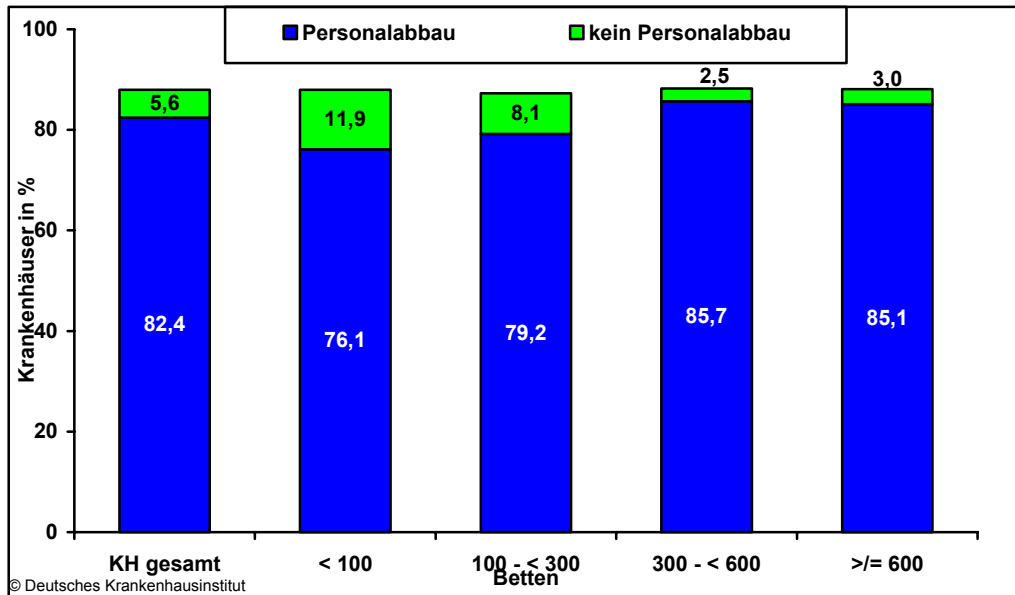


Abb. 2: Verringerung des Personalbestandes nach Bettengrößenklassen

Durchschnittlich wird sich der Personalbestand je Krankenhaus um 15 Beschäftigte verringern, wobei die Zahl der abzubauenen Stellen mit steigender Größe des Krankenhauses zunimmt.

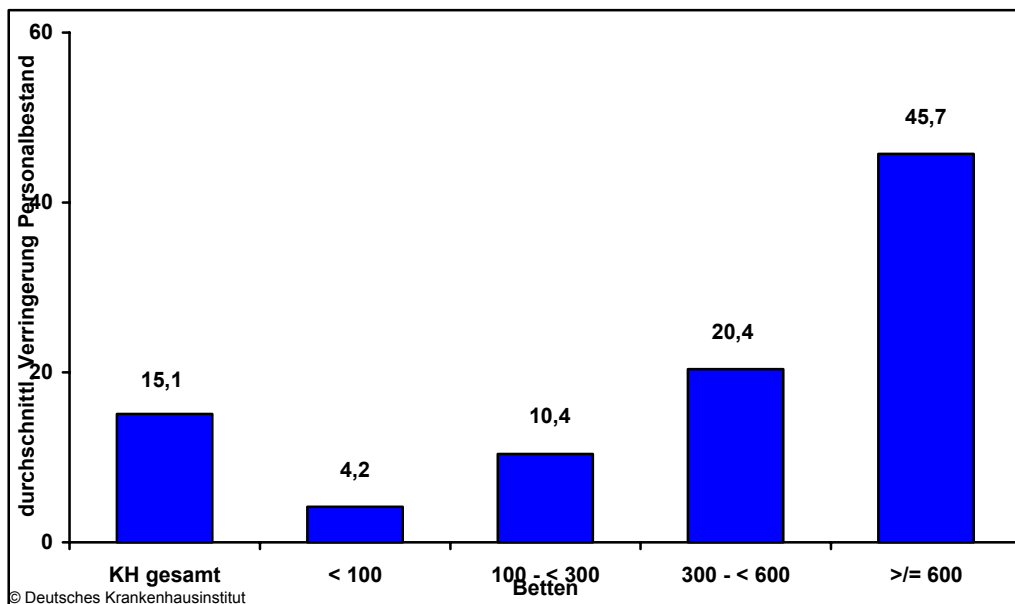


Abb. 3: Durchschnittliche Verringerung des Personalbestandes nach Bettengrößenklassen

Der Abbau von Personal ist unabhängig davon, ob Krankenhäuser das Optionsmodell anwenden wollen oder nicht. Auch 81% der Krankenhäuser, die ihre Teilnahme am Optionsmodell bereits erklärt haben, planen ihre Beschäftigtenzahl zu reduzieren.

Rechnet man die Angaben der Krankenhäuser in der Stichprobe auf die Grundgesamtheit der allgemeinen Krankenhäuser in Deutschland hoch, so sollen im

Jahr 2003 über 27.300 Stellen in den Krankenhäusern abgebaut werden. Vor allem in den alten Bundesländern wird es einen Personalabbau geben, da hier voraussichtlich 23.100 Personen weniger beschäftigt werden als in diesem Jahr. In den neuen Bundesländern sind rund 4.200 Stellen betroffen.

Sonstige Maßnahmen zur Reduktion der Unterdeckung

Neben den genannten Maßnahmen im Personalbereich stehen den Krankenhäusern im begrenzten Umfang auch noch andere Maßnahmen zur Reduktion einer Unterdeckung zur Verfügung.

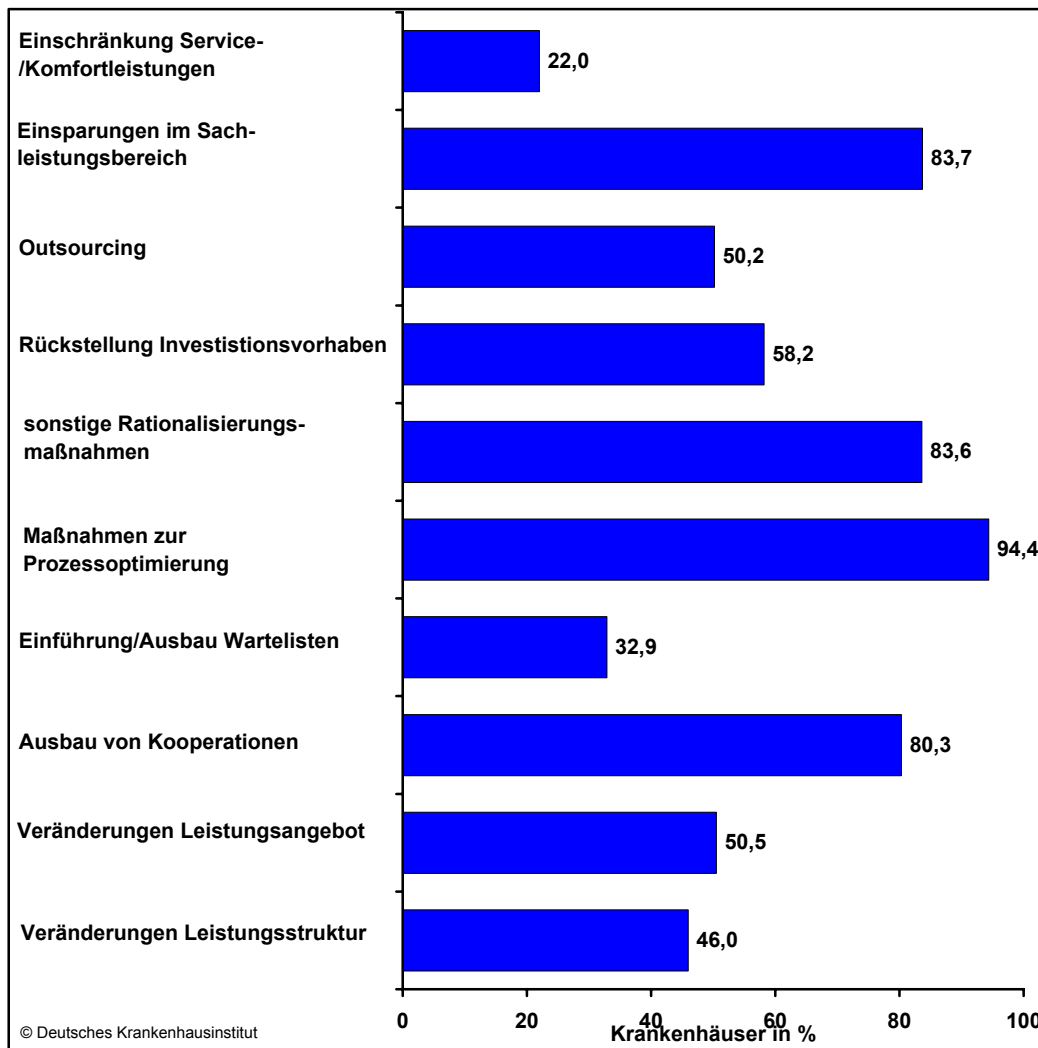


Abb. 4: Sonstige Maßnahmen zur Reduktion einer Unterdeckung

Fast alle Krankenhäuser planen die Durchführung von Maßnahmen zur Prozessoptimierung. Das gleiche gilt für Einsparungen im Sachleistungsbereich sowie für sonstige Rationalisierungsmaßnahmen. Den Ausbau von Kooperationen beabsichtigen vier Fünftel der Häuser.

Fast 60% der Krankenhäuser werden Investitionsvorhaben zurückstellen. Mehr als die Hälfte der Häuser wird weitere Krankenhausleistungen outsourcen bzw. ihr Leistungsangebot verändern.

Eine Einführung bzw. den Ausbau von Wartelisten plant ein Drittel der Krankenhäuser. Lediglich ein Fünftel der Krankenhäuser wird Einschränkungen bei Service- und Komfortleistungen vornehmen.

Nutzung der Öffnungsklausel

Nach der gegenwärtigen Rechtslage sind die Krankenhäuser, die bis Ende Oktober ihre Teilnahme am Optionsmodell erklärt hatten, von der Nullrunde ausgenommen. Für sie gelten die ursprünglichen Veränderungsraten von 0,81% (West) bzw. 2,09% (Ost). Unklar ist derzeit noch, ob die Frist zur Teilnahme am Optionsmodell verlängert wird.

Von den befragten Krankenhäusern haben 75% ihre Teilnahme erklärt bzw. wollen ihre Teilnahme erklären. Lediglich 25% wollen diese Öffnungsklausel nicht nutzen.

Unterschiede zeigen sich zwischen den alten und neuen Bundesländern, aber auch zwischen den Bettengrößenklassen.

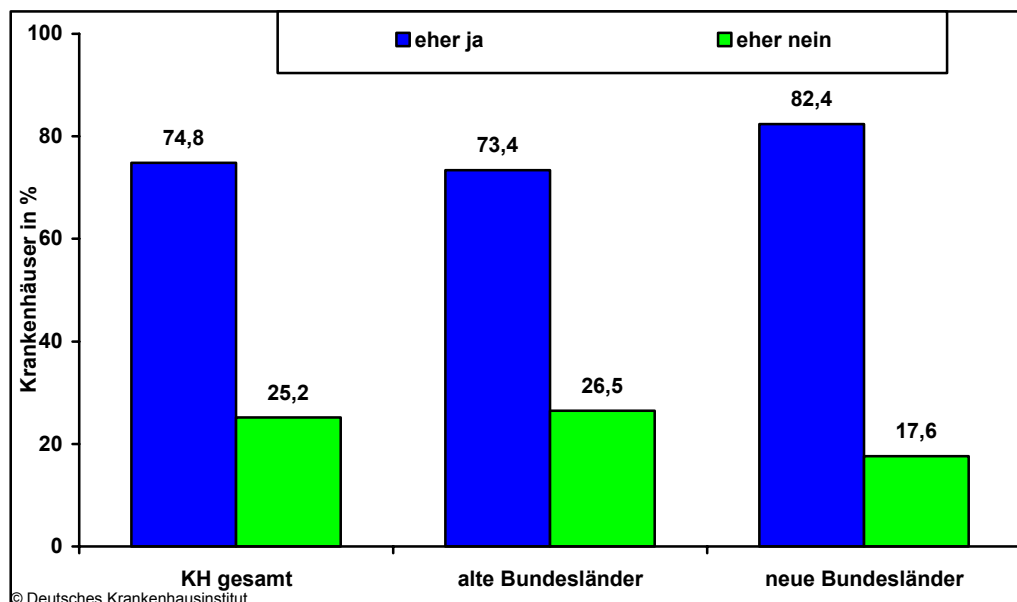


Abb. 5: Wechsel in das neue Vergütungssystem nach alten und neuen Bundesländern

In den neuen Bundesländern haben 82% der Häuser ihre Teilnahme am Optionsmodell bereits erklärt bzw. wollen ihre Teilnahme erklären. In den alten Bundesländern liegt der entsprechende Anteil bei 73%.

Hinsichtlich der Bettengrößenklassen zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Anwendung der Fallpauschalen schon im Jahr 2003 (vgl. Abb. 6). Fast die Hälfte der Krankenhäuser mit weniger als 100 Betten wird eher nicht umsteigen. Bei den Krankenhäusern ab 600 Betten haben dagegen bereits fast 84% ihre Teilnahme am Optionsmodell erklärt bzw. wollen ihre Teilnahme erklären.

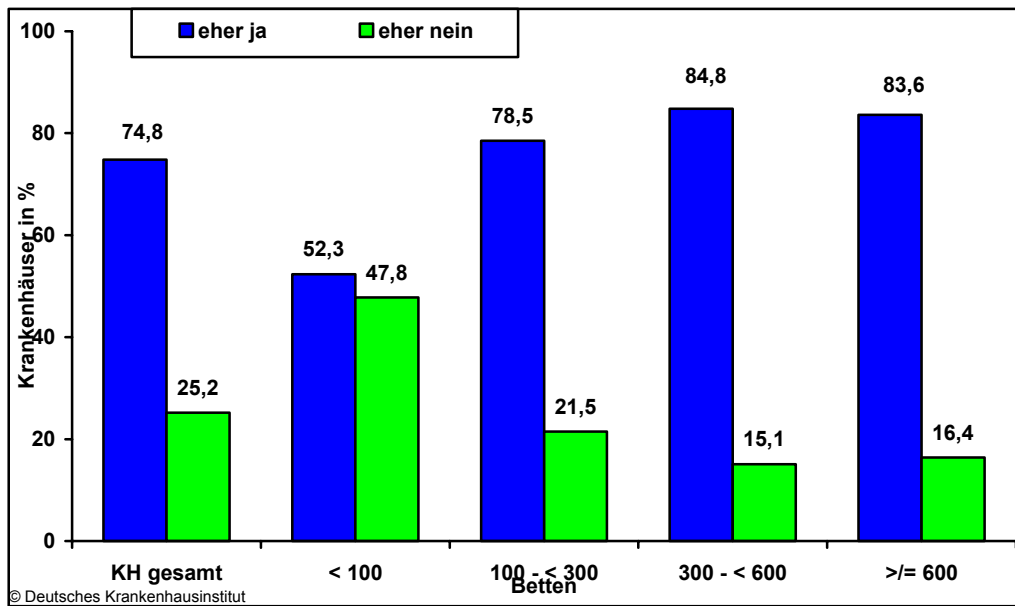


Abb. 6: Wechsel in das neue Vergütungssystem nach Bettengrößenklassen

Weitaus weniger Krankenhäuser werden an den so genannten Disease-Management-Programmen teilnehmen, für die ebenfalls die Nullrunde nicht gilt. Insgesamt 2% der Krankenhäuser haben bisher ihre Teilnahme erklärt. Weitere 37% könnten sich eine Teilnahme vorstellen, während 60% der Häuser eher nicht teilnehmen wollen.

Dr. Matthias Offermanns
 Deutsches Krankenhausinstitut
 Tersteegenstr. 3
 40474 Düsseldorf